

Alexander S. Neu

Heft 3

Zeichen (max. 16.000)

Abgabe: 6. Juni

Bundeswehrreform II: Sparen oder Rüsten?

Antext: Die Bundeswehr soll reformiert werden. Ziel ist es, sie zu verkleinern. Allerdings ist das Leitmotiv nicht friedenspolitischer, sondern bellizistischer Natur. Die Bundeswehr soll zwar kleiner, dafür aber professioneller, also schlagfertiger, einsatzflexibel und global mobil sein. Es gibt allerdings ein Problem: Auch die Bundeswehr soll sparen.

„Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“, lautet der Titel des von der schwarz-gelben Regierungskoalition als »historisch« gefeierten »Sparpakets«.

Das am 7. Mai 2010 präsentierte »Sparpaket« soll in dem Zeitraum 2011-2013 80 Mrd. € Mehreinnahmen und Minderausgaben bewirken.

Auch die Bundeswehr werde sich an den Einschnitten beteiligen müssen, preschte der damalige Bundesverteidigungsminister Guttenberg vor, um sich medienwirksam als Sparer zu präsentieren und zugleich sich die weitere Deutungshoheit über die notwendigen Einsparungen bei der Bundeswehr zu sichern. Das Spektrum der Einsparungen umriss Guttenberg im ARD-Morgenmagazin am 14. Juni 2010 nochmals. Demnach sollte, so die abstrakte Formulierung, bei „*Personal, Material und Rüstungsprojekten*“ und zuletzt bei „*Standorten*“ - also überall - eingespart werden.¹ Es wurde deutlich, dass zu Guttenbergs Zahlen ohne konkrete Kürzungsvorschläge im Raum standen. Wie auch, es handelte es sich zum wiederholten Male um einen Guttenberg'schen Schnellschuss.

8,3 Mrd.€ Einsparung

Die von der Bundesregierung auferlegte Einsparverpflichtung für die Bundeswehr teilt sich in zwei Kategorien auf: Unter der Überschrift „*Einsparungen im Verwaltungsbereich*“ hier „*Kürzung dispon. Ausgaben - davon BMVg*“ wurden 4,3 Mrd. € für den Zeitraum 2011 bis 2014 veranschlagt (2011: 0,6 Mrd.€; 2012: 1,1 Mrd. €; 2013: 1,3 Mrd.€ und 2014: 1,3 Mrd.€). Hinzu kommen sollten weitere 4 Mrd. € im Rahmen der „*Streitkräftereform*“ für den Zeitraum 2013 und 2014.² Mit 8,3 Mrd. € Sparbeitrag sollte sich, so die Absicht, das BMVg bzw. die Bundeswehr mit rund zehn % am »Sparpaket« beteiligen.

Die vier Mrd. € Einsparung über die Kategorie „*Streitkräftereform*“ sollten von der „*Strukturkommission der Bundeswehr*“ bei der Ausarbeitung ihres Reformkonzepts berücksichtigt werden.³

Die „*Strukturkommission der Bundeswehr*“ wurde seitens des BMVg bereits im April 2010 einberufen: „*Hauptaufgabe dieser Reform ist es, die Konzentration auf Kernaufgaben, mehr Flexibilität und höhere Effizienz in der Bundeswehr zu erzielen und dadurch die Bundeswehr als wirksames Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken*“, also kurzum die Bundeswehr „*Vom Einsatz her denken[d]*“ militärisch zu optimieren und zu professionalisieren.⁴

In der Tat, die heutige Bundeswehr wurde zwar in den letzten 20 Jahren sukzessive von einer Verteidigungsarmee zur einer Interventionsarmee (»Einsatzarmee«) transformiert. Jedoch kam es nie zu dem großen Wurf, der den qualitativen Wandel der Bundeswehr angesichts der „*volatile[n] sicherheitspolitische[n] Welt [, die] nach Flexibilität bei gleichbleibend hoher Einsatzfähigkeit und Leistungsqualität*“ verlange, abgeschlossen hätte.⁵ In den Augen der Vertreter eines imperialistischen Außenpolitikverständnisses - für die der zurückgetretene Guttenberg und der ebenfalls zurückgetretene Bundespräsident Köhler stellvertretend stehen⁶ - klafft zwischen militärischem Fähigkeitsanspruch und tatsächlichen Fähigkeiten eine zu große Wunde. Die Bundeswehr ist für die Umsetzung dieses Außenpolitikverständnis „*nicht im Gleichgewicht. Sie ist zu groß, falsch zusammengesetzt und zunehmend unmodern.*“⁷

Die Bundeswehr ist derzeit lediglich in der Lage »nur« 7.000 bis maximal 10.000 SoldatInnen »durchhaltefähig« in militärische Abenteuer zuschicken. Und das bei einem »Verteidigungs«haushalt (»Einzelplan 14«) mit 31,5 Mrd. € der den viertgrößten Einzelhaushalt darstellt. Legt man richtigerweise die »NATO-Kriterien«⁸ als Maßstab zu Grunde, die alle militärischen Kosten berücksichtigen, kommen weitere 2,7 Mrd. € hinzu. Damit kostet die Bundeswehr im Jahre 2011 den Steuerzahler 34,2 Mrd. €.⁹ Das macht bei einer Einwohnerzahl von 81 Mio. Menschen pro Kopf über 400€.

Betrachtet man die Ausgabenverteilung innerhalb des »Einzelplan 14« wird schnell deutlich, dass die Personalkosten, einschließlich der Versorgungskosten¹⁰, mit 16,5 Mrd.€ bereits 52 % ausmachen. Ergänzt man die laufenden Betriebskosten in Höhe von 8,4 Mrd. €, so fließen alleine 25 Mrd. € und allein in laufende Personal- und Betriebskosten. Bleiben für Investitionen in die Bundeswehr, d.h. Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen etc. weniger als 7,5 Mrd. € für das Haushaltsjahr 2011. Dieses Verhältnis von Personal- und Betriebskosten versus Investitionsbudget entspricht nicht den Erfordernissen einer modernen und professionellen Interventionsarmee und eines in der NATO effektiven und zuverlässigen Bündnispartners. Es müsse, so der Bericht der Strukturkommission mindestens möglich sein, „*die Zahl der 7.000 Soldatinnen und Soldaten, die sich derzeit im Einsatz befinden, durchhaltefähig wenigstens zu verdoppeln*“.¹¹ Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es die Bundeswehr personell zu verschlanken, die

freiwerdenden Gelder einerseits in eine professionelle Berufsarmee und andererseits den Kriegsszenarien entsprechenden Waffensystem zu investieren. Drittens muss gemäß den o.g. Vorgaben gespart werden.¹²

Die Reform – Aussetzung der Wehrpflicht

Um die Bundeswehr zu »professionalisieren« wurde auf Druck von Guttenberg die Wehrpflicht im März dieses Jahres ausgesetzt. Stattdessen setzt man auf das System der »Freiwillig Wehrdienst Leistenden« (FWDL). Als Zielgröße wurde ein Bedarf von 15.000 FWDLer pro Jahr festgelegt. Die FWDLer sind zunächst für sechs Monate freiwillig Grundwehrdienstleistende (»Probezeit«). Ab dem siebten Monat beginnt der »freiwillig zusätzliche Wehrdienst«. Die Dienstzeit für FWDLer beträgt mindestens sieben Monate und höchstens 23 Monate, um unterhalb der Mindestzeit von Soldaten auf Zeit zu bleiben. Auch können FWDLer für Auslandseinsätze der Bundeswehr verwendet werden. Ein Spareffekt wird mit der Aussetzung der Wehrpflicht nicht erreicht, da die »Einsparung« für die Finanzierung der FWDL genutzt werden sollen.¹³

Das System der FWDL dient als Rekrutierungsinstrument für die beiden anderen Beschäftigungskategorien »Soldaten auf Zeit« und »Berufssoldaten«. Allerdings scheint die Bundesregierung sich im Hinblick auf die »Attraktivität« der Bundeswehr für junge Menschen verkalkuliert zu haben. So sind laut Spiegel im März und April dieses Jahres 498.000 Personen angeschrieben worden, aber nur 1.800 hätten ihr Interesse signalisiert.¹⁴

Davon wird sich die Bundeswehr nicht entmutigen lassen. Die Nachwuchsrekrutierung wird intensiviert werden. Die Bundeswehr verhandelt mit den Kultusministerien der Bundesländer nicht ohne Erfolg über den Zugang zu Schulen (Stichwort: Bundeswehr an Schulen)¹⁵ oder in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit.¹⁶

Zudem hat das BMVg eine Werbeagentur angeheuert, eine Werbekampagne zu entwerfen. Diese Kampagne wird im gesamten Jahr 2011 über diverse Medien, u.a. die Bild-Zeitung verbreitet. Sollten die Werbemaßnahmen intensiviert werden sowie Attraktivierungsmaßnahmen, wie höhere Gehälter und Prämien für die SoldatInnen insgesamt, beschlossen werden, dürfte die Reform die Personalkosten pro Kopf wesentlich erhöhen. Schon jetzt wird in entsprechenden Bundeswehrblättern über ein »Attraktivitätsprogramm«, dass über zwei Mrd. € jährlich kosten würde diskutiert.¹⁷

Die Reform – Personalreduktion

Ist die Aussetzung der Wehrpflicht von Guttenberg durchgesetzt worden, so sind die weiteren Reformschritte der Bundeswehr noch nicht deutlich.

Unter Guttenberg wurde der Generalinspekteur Wieker im Juni 2010 beauftragt, einen Bericht über das sicherheitspolitische Umfeld, die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Aufgaben für die künftige Bundeswehr und die dafür notwendige Struktur unter Berücksichtigung des Sparzwangs zu erarbeiten.

Der von Wieker vorgelegte *„Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010“* stellt fünf Personalmodelle vor. Favorisiert wurde unter Beachtung der »Planungsparametern« (Einsatzauftrag, Bündnisfähigkeit- und Bündnisverpflichtungen, Professionalität, Durchhaltefähigkeit, Flexibilität, Demographie/Attraktivität der Bundeswehr und Wirtschaftlichkeit/Finanzierbarkeit). Favorisiert wurde das vierte Modell mit einer Zielgröße von 163.500 SoldatInnen, das es bis 2016 umzusetzen gelten sollte.¹⁸

Das vierte Modell wurde jedoch aufgrund des politischen Drucks - nicht zuletzt durch die SPD¹⁹ - personell auf 185.000 aufgestockt. Demnach sollten 170.000 Berufs- und Soldaten auf Zeit und 15.000 FWDler die künftige Planungsgröße darstellen.

Mit dem Abgang Guttenbergs Anfang März diesen Jahres und der Übernahme des Ressorts durch Thomas de Maizière ist die Unsicherheit über die Reform der Bundeswehr weiter gewachsen. Zwar hatte Guttenberg seinem Nachfolger in seiner Rücktrittserklärung selbstbewusst verkündet, es gehöre sich *„ein weitgehend bestelltes Haus zu hinterlassen“* und habe *„deshalb letzte Woche noch einmal viel Kraft auf den nächsten entscheidenden Reformschritt verwandt (..), der nun von meinem Nachfolger bestens vorbereitet verabschiedet werden“* könne. Und schließt mit der Feststellung: *„Das Konzept der Reform steht.“*²⁰ Der neue Verteidigungsminister wollte sich seinerseits nicht auf ein Exekutivorgan von Guttenberg reduzieren lassen. Er kündigte eine umgehende Prüfung sowie Änderungsvorbehalte zum Reformkonzept an und feuerte kurzerhand den von Guttenberg extra für die Reform in das Amt des Staatssekretärs einberufenen Otremba.²¹

Zwischenzeitlich offenbart sich zunehmend, Guttenbergs Reformkonzept wurde offensichtlich auf Sand gebaut. Die personelle Zielmarke ist angesichts des Spardrucks von 8,3 Mrd. € im Zeitraum 2011 bis 2014 nicht zu realisieren. In einem internen Papier, das der Bild-Zeitung vorliege, wurde festgestellt, die Finanzierung erlaube lediglich einen Personalumfang von 158.000 SoldatInnen.²² Eine Studie der Universität der Bundeswehr München von Ende Januar stellt fest, der tatsächliche Finanzbedarf bei zur Umsetzung des Guttenberg'schen Reformmodells im Zeitraum 2011 bis 2014 liege bei 124,9 Mrd. € und dem gegenüber sehe die mittelfristige Finanzplanung - also unter Berücksichtigung der einzusparenden 8,3 Mrd. € - jedoch nur 119,6 Mrd. € vor. Angesichts dessen würde das anvisierte Sparziel von 8,3 Mrd. € vielmehr um 5,6 Mrd. € unterschritten.²³

Die Reform – Rüstungsprojekte

Wesentlich langsamer als die personelle Reform der Bundeswehr wird die Einsparung durch Streichung von zu beschaffenden und außer Dienst zu stellenden Waffensystemen verlaufen. Im Hinblick auf die Verzicht von bei der Rüstungsindustrie geordneten Waffensystemen sind angesichts verbindlicher Verträge mehrere Varianten denkbar: Anfangen beim gänzlichen oder partiellen Ausstieg aus dem jeweiligen Vertrag mit entsprechenden Konventionalstrafen für den Steuerzahler, Streckung von Entwicklung/Produktion und Erwerb über einen längeren Zeitraum oder der Weiterverkauf, d.h. Export, der produzierten bzw. der zu produzierenden Stückzahlen, was unter friedenspolitischer Perspektive mehr als problematisch ist. Die Einsparpotentiale können somit, wenn überhaupt, nur langfristig erreicht werden.

Im ersten Halbjahr 2010 wurde durch eine extra errichtete Arbeitsgruppe im BMVg eine „*Priorisierung Materialinvestition – Handlungsempfehlung*“ erarbeitet. Die Empfehlungen sollten in das Reformkonzept der „Strukturkommission“ aufgenommen werden.²⁴ Die „Handlungsempfehlung“ ist eine Streichliste von derzeit in Dienststehenden Waffensystemen und zu beschaffenden Waffensystemen. Die hierdurch erreichbare Einsparung solle im Zeitraum 2011 – 2014 ca. 2,76 Mrd. € umfassen – langfristig sogar nahezu 10 Mrd. €.²⁵

Bei den zu beschaffenden großen Waffensystemen wird der vollständige Verzicht bislang nicht als Option in Betracht gezogen, vielmehr sollen bei zwei Großprojekten die Stückzahlen reduziert und die überflüssigen Mengen exportiert werden.

Politisch entschieden oder beabsichtigt ist bereits das

- Projekt A400M: Anstatt der 60 Flugzeuge sollen es nun 53 sein, von denen 13 für den Export vorgesehen sind, so dass 40 Maschinen im Bestand der Bundeswehr sein sollen. Allerdings führt die Stückzahlminderung auf 53 offensichtlich nicht zu einem Spareffekt, da die geringere Zahl nichts an dem Endpreis (8,3 Mrd. €) in den Nachverhandlungen geändert hat. Ob die 13 zum Export bestimmten, sich tatsächlich verkaufen lassen, ist ebenfalls fraglich.²⁶
- Projekt Eurofighter: Die ursprüngliche Stückzahl von 180 soll auf 143 begrenzt werden. Die übrigen 37 Eurofighter sollen möglichst exportiert werden. Indien zeigt verstärktes Interesse an dem Erwerb von 120 Maschinen.²⁷

Hingegen gibt es zu anderen Großprojekten wie die Hubschrauberprojekte Tiger (80 Stück) und NH90 (122 Stück) sowie der Schützenpanzer Puma (410 Stück) noch keine Informationen über Ausstiegs- oder Reduktionsentscheidungen, obschon die Waffensysteme

in der Entwicklungsphase über erhebliche technische Mängel leiden. Auch über eine Verkleinerung oder Ausstieg milliardenschwerer georderter maritimer Waffensysteme, wie die Fregatte 124 oder die Korvette 131 gibt es noch keine belastbaren Informationen.

Fazit

Angesichts des Dilemma der Reform, einerseits die Bundeswehr mit einer Personalstärke von 185.000 SoldatInnen und entsprechenden modernen Waffensystemen für Interventionskriege zu »professionalisieren« und andererseits die Sparvorgabe von 8,3 Mrd. € zu realisieren, bleiben, wenn man in diesem Sicherheitsverständnis verhaftet bleiben will, nur zwei Optionen:

1. Die Bundesregierung konzidiert dem Verteidigungsministerium und der Bundeswehr sich aus der Konsolidierung des Haushaltes partiell zurückzuziehen, was angesichts der Schuldenbremse dann die übrigen Ressorts zusätzlich zu tragen hätten. Ein Konflikt zwischen den Ressorts erscheint dann unausweichlich. Zwischenzeitlich werden Stimmen derer lauter, die eine Anschubfinanzierung zur Reform fordern, was die Sparaufgabe gänzlich ad absurdum führte.²⁸
2. Die Bundeswehr wird personell und materiell soweit reduziert, dass das Sparziel von 8,3 Mrd. € realisiert werden kann. Allerdings unterläuft dieser Ansatz die deutsche sicherheitspolitische Philosophie der militärischen Machtprojektion zwecks Sicherung nationaler und westlicher Interessen - kurzum, der Militarisierung der Außenpolitik würden engere fiskalische Grenzen gesetzt.

Eine dritte, jenseits der politisch-militärischen Logik, Option wäre es, wenn die Bundesregierung endlich einen umfassenden sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel hin zu einer echten Friedenspolitik vornähme, in dem sie sich ausschließlich auf die im Grundgesetz vorgeschriebene territoriale Landesverteidigung besinnt.

Dieser Paradigmenwechsel würde unter Betrachtung des außerordentlich positiven sicherheitspolitischen Umfeldes Deutschlands die Notwendigkeit der Existenz der Bundeswehr – zumindest aber ihre Größenordnung - massiv in Frage stellen: *„Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Mitteleuropas und damit Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln besteht heute nicht mehr“*, so der oberste Soldat, Generalinspekteur Wieker.²⁹ Nun, dann wäre es auch folgerichtig die richtigen friedenspolitischen und finanziellen Konsequenzen daraus zu ziehen.

¹ <http://www.tagesschau.de/inland/guttenberg422.html> [download 28. April 2011]

² 20100607_BReg_Finanztableau_Sparprogramm_2011-2014 (Internes Papier)

³ 20100607_BReg_8_Punkte_Sparprogramm_2011-2014, S. 5. (Internes Papier)

⁴ Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr Oktober 2010: Vom Einsatz her denken, S. 3 u. 10.

⁵ Ebd., S. 18.

⁶ http://www.focus.de/politik/deutschland/debatte-um-wirtschaftskriege-guttenberg-stuetzt-umstrittene-koehler-these_aid_570401.html [download 28. April 2011]

⁷ Bericht der Weizsäcker-Kommission (2000): Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr, S. 13 - zitiert nach: Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr (Oktober 2010): Vom Einsatz her denken, S. 3.

⁸ Diese Kosten mit militärischer Relevanz sind in anderen Einzelplänen des Bundeshaushaltes gelistet.

⁹ Gesetzentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011); Drucksachennr.: 17/2500.

¹⁰ Für ehemalige SoldatInnen ehemalige zivile MitarbeiterInnen der Bundeswehr.

¹¹ Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr (Oktober 2010): Vom Einsatz her denken, S. 10.

¹² Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010, S. 15f.

¹³ Gesetzentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften 2011 (Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 – WehrRÄndG 2011); Drucksachennr.: 17/4821.

¹⁴ „Rekrutenmangel - Freiwillig zum Bund? Nein, danke!“, *Spiegel Online*, 21. April 2011,

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/abi/0,1518,758641,00.html> [download 29. April 2011]

¹⁵ Umstrittene Nachwuchsgewinnung - Streit um den Einsatz von Wehrdienstberatern an Schulen, aus: NDR Info: Das Forum "Streitkräfte und Strategien", 26. März 2011.

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/ndr.html> [download 28. April 2011]

¹⁶ Kooperation gefestigt - Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, in: aktuell, Zeitung der Bundeswehr, Nr. 6 vom 15. Februar 2010, S. 4.

¹⁷ Die Revision der Revision, in: loyal, Nr. 04, 2011, S. 6 ff.

¹⁸ Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010, S. 25 f.f.

¹⁹ Bundeswehrreform- SPD stellt Bündnisfähigkeit infrage, *Online Focus*, 14. August 2010.

http://www.focus.de/politik/deutschland/bundeswehrreform-spd-stellt-buendnisfaehigkeit-infrage_aid_541229.html [download 29. April 2011]

²⁰ Rücktrittserklärung Guttenbergs im Wortlaut: Ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht,, *Sueddeutsche.de*, 01. März 2011.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/guettenbergs-erklaerung-im-wortlaut-ich-habe-die-grenzen-meiner-kraefte-erreicht-1.1066386> [download 29. April 2011]

²¹ Das bestellte Haus hat kein Dach, *Berliner Zeitung* Online, 08.März 2011

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2011/0308/politik/0012/index.html> [download 30. April 2011]

²² Alarm-Papier aus dem Verteidigungsministerium – Bundeswehr wird kaputt gespart!, *Bild.de*, 20. April 2011

<http://www.bild.de/politik/inland/bundeswehrreform/einsatzfaehigkeit-kaputtgespart-158000-statt-185000-soldaten-17527866.bild.html> [download 30. April 2011]

²³ Prof. Dr. J. Schnell, GenLt a. D.: Ist die Reform der Bundeswehr mit den voraussichtlich bereitgestellten Haushaltsmitteln des 44. Finanzplans finanzierbar? - Abschätzungen und begründete Vermutungen, Universität der Bundeswehr München, Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften Sicherheits- und Militärökonomie / Streitkräftemanagement, 28. Januar 2011.

²⁴ Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010, S. 20.

²⁵ <http://www.geopowers.com/priorisierung-der-ausruestung.html> [download 30. April 2011]

²⁶ „Militärtransporter A400M - Weniger Flugzeuge für das gleiche Geld“, Online focus, 25.01.2011.

http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/militaertransporter-a400m-weniger-flugzeuge-fuer-das-gleiche-geld_aid_593298.html [download 30. April 2011]

²⁷ Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 17. Januar 2011 auf die Frage von Paul Schäfer, MdB DIE LINKE; Bundestag Drucksachennr.:17/4494

Eurofighter nimmt wichtige Hürde bei Ausschreibung in Indien, *Ria Novosti*, 28. April 2011

http://de.rian.ru/security_and_military/20110428/258974149.html [download 30. April 2011]

²⁸ Wehrbeauftragter Königshaus fordert Anschubfinanzierung für Bundeswehr-Reform, Soldatenglück, 25. April 2011.

<http://soldatenglueck.de/2011/04/25/55786/wehrbeauftragter-koenigshaus-fordert-anschubfinanzierung-fur-bundeswehr-reform/> [download 30. April 2011]

²⁹ Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010, S. 6.

Dr. Alexander S. Neu

Referent für Sicherheitspolitik der Bundestagsfraktion *DIE LINKE*. und Mitglied des SprecherInnenkreises BAG Frieden und Internationale Politik der Partei DIE LINKE sowie Mitglied der Redaktion W+F.

